

Beschluss-Protokoll

der 35. und 36. Sitzung, Amtsjahr 2011-2012

Mittwoch, den 7. Dezember 2011, um 09:00 Uhr und 15:00 Uhr

Vorsitz: Markus Lehmann, Grossratspräsident

Protokoll: Thomas Dähler, I. Ratssekretär

Regine Smit, II. Ratssekretärin

Abwesende:

7. Dezember 2011, 09:00 Uhr

35. Sitzung

Sebastian Frehner (SVP), Alexander Gröflin (SVP), Oskar Herzig (SVP),

Annemarie Pfeifer (EVP/DSP), Franziska Reinhard (SP),

Martina Saner (SP), Francisca Schiess (SP).

7. Dezember 2011, 15:00 Uhr

36. Sitzung

Andreas Albrecht (LDP), Beat Fischer (EVP/DSP), Alexander Gröflin (SVP),

Oskar Herzig (SVP), Annemarie Pfeifer (EVP/DSP),

Franziska Reinhard (SP), Martina Saner (SP), Francisca Schiess (SP),

Daniel Stolz (FDP), Atilla Toptas (SP).

Verhandlungsgegenstände:

1.	Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung	3
2.	Entgegennahme der neuen Geschäfte	3
3.	Bestätigung von Bürgeraufnahmen	4
4.	Wahl eines Mitglieds der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (Nachfolge Remo Gallacchi, CVP)	5
5.	Schreiben des Regierungsrates betreffend Ersatzwahlen einer Präsidentin des Strafgerichts (50%) und einer Richterin des Appellationsgerichts vom 27. November 2011 (für den Rest der Amtsperiode 2010 - 2015); Stille Wahl - Antrag auf Validierung	5
6.	Bericht und Vorschlag zur Wahl einer Ersatzrichterin am Strafgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2007 - 2012	6
7.	Bericht und Antrag des Ratsbüros zur Änderung des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Grossen Rates (GO) und der Ausführungsbestimmungen zur Geschäftsordnung (AB). Anpassung im Hinblick auf die Inbetriebnahme der Abstimmungsanlage	6
8.	Bericht des Ratsbüros zur Änderung der Ausführungsbestimmungen zur Geschäftsordnung des Grossen Rates (AB). Erhöhung des Grundbetrags und des Sitzungsgeldes für die Mitglieder des Grossen Rates	8

Beschluss-Protokoll 35. und 36. Sitzung, Amtsjahr 2011-2012

7. Dezember 2011 - Seite 2

9.	Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an den Basler Kunstverein für die Jahre 2012 - 2015	10
10.	Ausgabenbericht betreffend Staatsbeiträge an den Verein LiteraturBasel für die Jahre 2012 - 2015	11
11.	Ratschlag betreffend Bewilligung eines Investitionsbeitrages an die Stadtbibliothek GGG für Ausbau und Modernisierung der Bibliothek Zentrum Schmiedenhof	11
12.	Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an die GGG Stadtbibliothek Basel (Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige) für die Jahre 2012-2015	13
13.	Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Musik-Akademie der Stadt Basel für die Jahre 2012 - 2016	13
14.	Ausgabenbericht betreffend Subventionsvertrag zwischen dem Kanton Basel-Stadt und Overall Basel Lehrverbund für die Jahre 2012 bis 2014	14
15.	Ratschlag und Bericht betreffend Gewährung von Staatsbeiträgen für die Jahre 2012 bis 2015 an den Verein "Familien-, Paar- und Erziehungs-beratung fabe"	15
25.	Neue Interpellationen.	17
16.	Bericht des Regierungsrates zur Berichterstattung der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) über die Erfüllung des Leistungsauftrags 2010	19
17.	Ratschlag Änderung des Bebauungsplanes, Zonenänderung sowie Abweisung der Einsprachen für die Liegenschaften Rosentalstrasse 9 -13, (Areal Messeturm) Rosentalstrasse, Mattenstrasse	19
18.	Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission betreffend Fristverlängerung für die Traminitiative	21
19.	Ratschlag Subventionsvertrag des Kantons Basel-Stadt an die Stiftung Frauenhaus beider Basel zum Schutz misshandelter Frauen und Kinder für das Frauenhaus Basel für die Betriebsjahre 2011 - 2014	21
20.	Ausgabenbericht betreffend Erdbebenvorsorge (Projekt 2012 - 2015)	22
21.	Ratschlag Investitionsbeitrag des Kantons Basel-Stadt an die Instandstellung der St. Albankirche Basel	22
22.	Ratschlag Bewilligung eines Rahmenkredits für ein Impulsprogramm zur Förderung elektronischer Behördengänge und Verwaltungsverfahren 2012 - 2015. e-Government-Strategie und Aktionsplan II	23
23.	Bericht der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission für das Universitäts- Kinderspital beider Basel (IGPK UKBB) zum Bericht des Regierungsrates betreffend Jahresbericht und Jahresrechnung des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) für das Betriebsjahr 2010. Partnerschaftliches Geschäft	23
24.	Bericht der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission für die Schweizerischen Rheinhäfen (IGPK Rheinhäfen) zum Bericht des Regierungsrates über das Geschäftsjahr 2010 der Schweizerischen Rheinhäfen. Partnerschaftliches Geschäft	24
Anhar	ng A: Neue Geschäfte (Zuweisung)	27
Anhar	ng B: Neue Vorstösse	30

Beginn der 35. Sitzung

Mittwoch, 7. Dezember 2011, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[07.12.11 09:02:56, MGT]

Mitteilungen

Markus Lehmann, Grossratspräsident: ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen verschiedene Mitteilungen zu machen:

Neue Interpellationen

Es sind sieben neue Interpellationen eingegangen.

Die Interpellation Nr. 98 wird schriftlich beantwortet, die übrigen Interpellationen werden mündlich beantwortet.

Die Interpellation Ugur Camlibel (92) und die Interpellation Jürg Meyer (93) hängen inhaltlich eng zusammen, deshalb werden beide heute Nachmittag von Regierungsrat Brutschin mündlich und gemeinsam beantwortet.

Stellvertretung in der Finanzkommission

Die Fraktion der SVP teilt mit, dass sie die Stellvertretung von Alexander Gröflin durch Heiner Ueberwasser in der Finanzkommission bis Ende Februar 2012 verlängert.

Tagesordnung

Andreas C. Albrecht, Präsident der Bau- und Raumplanungskommission: beantragt, das Geschäft 21, den Ratschlag Investitionsbeitrag des Kantons Basel-Stadt an die Instandstellung der St. Albankirche Basel, von der Tagesordnung abzusetzen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, Geschäft 21, den Ratschlag Investitionsbeitrag des Kantons Basel-Stadt an die Instandstellung der St. Albankirche Basel, von der Tagesordnung abzusetzen.

Baschi Dürr, Präsident der Finanzkommission: beantragt, den Ratschlag zur Änderung des Gebäudeversicherungsgesetzes zusätzlich auf die Tagesordnung zu setzen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Ratschlag zur Änderung des Gebäudeversicherungsgesetzes zusätzlich als Traktandum 44 auf die Tagesordnung zu setzen. Der Ratschlag wird am 14. Dezember 2011 im Anschluss an Geschäft 43 behandelt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die bereinigte Tagesordnung zu genehmigen.

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[07.12.11 09:06:39, ENG]

Zuweisungen

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Zuweisungen gemäss Verzeichnis der neuen Geschäfte (Anhang A) zu genehmigen.

Kenntnisnahmen

Der Grosse Rat nimmt Kenntnis

von folgenden Geschäften:

- Bericht der Finanzkommission zum T\u00e4tigkeitsbericht der Finanzkontrolle 2010 (FKom. 11.5293.01)
- Schreiben der Geschäftsprüfungskommission zur Stellungnahme des Regierungsrates zum Bericht 11.5133.01 der Geschäftsprüfungskommission (GPK, 11.5133.02)
- Rücktritt von Remo Gallacchi als Mitglied der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission per 5. Dezember 2011 (auf den Tisch des Hauses) (11.5307.01)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Anita Heer und Konsorten betreffend Weiterentwicklung Tarifverbund Nordwestschweiz zu einem Verkehrsverbund (stehen lassen) (BVD, 07.5211.03)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Tobit Schäfer und Konsorten betreffend Entlastung der Stadtbildkommission (stehen lassen) (BVD, 09.5267.02)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Schienenbogen Margarethenbrücke - Viaduktstrasse (Richtung Birsigviadukt) (stehen lassen) (BVD, 07.5047.03)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Brigitte Strondl und Konsorten betreffend Veloweg auf der Dreirosenbrücke (stehen lassen) (BVD, 07.5161.03)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Loretta Müller und Konsorten bezüglich Verbesserung der Parkplatzsituation für Velos (stehen lassen) (BVD, 09.5244.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage André Auderset betreffend "Sommer-Gastronomie" (BVD, 11.5212.02)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jörg Vitelli und Konsorten bezüglich kurz- und mittelfristiges Veloparkplatzangebot am Bahnhof SBB (stehen lassen) (BVD, 09.5182.02)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Mirjam Ballmer und Konsorten bezüglich Öffnung von Einbahnstrassen für Velos (stehen lassen) (BVD, 09.5241.02)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Mirjam Ballmer und Konsorten bezüglich Verbreitungen von Velospuren (stehen lassen) (BVD, 09.5242.02)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Ursula Metzger Junco P. und Konsorten zur Einführung einer Sicherstellung der Löhne von Cabaret- und Nightclub-Tänzerinnen (stehen lassen) (WSU, 09.5160.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Brigitta Gerber betreffend Abweisungen von Frauen in Frauenhäusern wegen Platzmangel (JSD, 11.5185.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage André Auderset betreffend Gefährdung der Basler Bevölkerung durch freigelassene deutsche "Triebtäter" (JSD, 11.5213.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Jürg Meyer betreffend Unterbringung, Betreuung und Tarifgestaltung in den Pflege-wohngruppen Sucht des Kantons Basel-Stadt (GD, 11.5215.02)

3. Bestätigung von Bürgeraufnahmen

[07.12.11 09:06:53, JSD, 11.1552.01, EIN]

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat mit Schreiben 11.1552.01 insgesamt 18 Aufnahmen ins Kantonsbürgerrecht (8 Gesuche) unter gleichzeitiger Bestätigung der Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Basel.

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Schreiben ein.

Der Grosse Rat beschliesst

mit 65 gegen 11 Stimmen die beantragten Bürgeraufnahmen.

Die bestätigten Bürgeraufnahmen sind im Kantonsblatt Nr. 96 vom 10. Dezember 2011 publiziert.

4. Wahl eines Mitglieds der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (Nachfolge Remo Gallacchi, CVP)

[07.12.11 09:08:12, WA1]

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig, die Wahl offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind.

Die Fraktion CVP nominiert Pasqualine Balmelli-Gallacchi (CVP) als Mitglied der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission.

Der Grosse Rat wählt

einstimmig bei 1 Enthaltung **Pasqualine Balmelli-Gallacchi** als Mitglied der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Schreiben des Regierungsrates betreffend Ersatzwahlen einer Präsidentin des Strafgerichts (50%) und einer Richterin des Appellationsgerichts vom 27. November 2011 (für den Rest der Amtsperiode 2010 - 2015); Stille Wahl - Antrag auf Validierung

[07.12.11 09:09:34, Ratsbüro, PD, 11.0845.01, VAL]

Der Regierungsrat und das Ratsbüro beantragen auf das Schreiben 11.0845.01 einzutreten und die Ersatzwahlen zu validieren.

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Schreiben ein.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig bei 1 Enthaltung, die im Kantonsblatt vom 29. Oktober 2011 publizierten Ersatzwahlen einer Präsidentin des Strafgerichts (50%) und einer Richterin des Appellationsgerichts werden für gültig erklärt.

Demnach sind gewählt worden:

Zu einer Präsidentin des Strafgerichts (50%): Susanne Nese

Zu einer Richterin des Appellationsgerichts: Jacqueline Frossard

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

6. Bericht und Vorschlag zur Wahl einer Ersatzrichterin am Strafgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2007 - 2012

[07.12.11 09:10:49, WVKo, 11.5201.02, BER]

Die Wahlvorbereitungskommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 11.5201.02 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussentwurf zuzustimmen.

Voten: Tanja Soland, Präsidentin der Wahlvorbereitungskommission

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht einzutreten.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig:

Anstelle der zurückgetretenen lic. iur. Isabel Koger wird als Ersatzrichterin am Strafgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer bis 31. Dezember 2012 gewählt:

lic. iur. Marcia Stucki, geb. 1977, 4056 Basel

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Bericht und Antrag des Ratsbüros zur Änderung des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Grossen Rates (GO) und der Ausführungsbestimmungen zur Geschäftsordnung (AB). Anpassung im Hinblick auf die Inbetriebnahme der Abstimmungsanlage

[07.12.11 09:13:06, Ratsbüro, 11.5254.01, BER]

Das Ratsbüro beantragt, auf den Bericht 11.5254.01 einzutreten und den vorgelegten Beschlussentwürfen zuzustimmen.

Besuch auf der Zuschauertribüne

Ich begrüsse auf der Tribüne eine Delegation des Büros des Kantonsrates von Obwalden mit Vizepräsident Walter Wyrsch, Stimmenzählerin Ruth Koch und Ratssekretärin Nicole Frunz.

Wer jemals in Sarnen einer Sitzung des Obwaldner Kantonsrates beigewohnt hat, konnte feststellen, dass dort die Disziplin bezüglich Präsenz und Ruhe deutlich besser ist, als bei uns. Ich hoffe deshalb, dass unsere Gäste aus Obwalden, welche heute Vormittag das Geschehen im Basler Parlament mitverfolgen, keinen Kulturschock erleiden. Ich heisse die Delegation aus Obwalden herzlich willkommen und wünsche einen unterhaltsamen und interessanten Vormittag. [Applaus]

Voten: Daniel Stolz, Referent des Ratsbüros; Oswald Inglin (CVP); Thomas Mall (LDP); Daniel Stolz, Referent des Ratsbüros

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht einzutreten.

Detailberatung

des Grossratsbeschlusses I

Titel und Ingress

Römisch I. Änderung der Geschäftsordnung des Grossen Rates (GO)

§ 23 Titel sowie Abs. 2

§ 29 Abs. 2

§ 30 wird aufgehoben

Römisch II, Publikations- und Referendumsklausel, Wirksamkeit

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig bei 1 Enthaltung und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Änderung des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Grossen Rates vom 29. Juni 2006 wird zugestimmt.

Diese Änderung ist zu publizieren. Sie unterliegt dem Referendum. Das Ratsbüro bestimmt nach Eintritt der Rechtskraft den Zeitpunkt der Wirksamkeit.

Die Änderung des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Grossen Rates ist im Kantonsblatt Nr. 96 vom 10. Dezember 2011 publiziert.

Beschluss-Protokoll 35. und 36. Sitzung, Amtsjahr 2011-2012

7. Dezember 2011 - Seite 8

Detailberatung

des Grossratsbeschlusses II

Titel und Ingress

Römisch I. Änderung der Ausführungsbestimmungen zur Geschäftsordnung des Grossen Rates (AB)

§ 5 Abs. 2

§ 8 Abs. 3 lit. e und f

§ 13 samt Titel

§ 30

§ 30a (neu)

Römisch II, Publikationsklausel, Wirksamkeit

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Änderung der §§ 5, 8, 13, 30 und 30a der Ausführungsbestimmungen zur Geschäftsordnung des Grossen Rates vom 29. Juni 2006 wird zugestimmt.

Diese Änderung ist zu publizieren. Das Ratsbüro bestimmt den Zeitpunkt der Wirksamkeit.

Die Änderung der §§ 5, 8, 13, 30 und 30a der Ausführungsbestimmungen zur Geschäftsordnung des Grossen Rates ist im Kantonsblatt Nr. 96 vom 10. Dezember 2011 publiziert.

Bericht des Ratsbüros zur Änderung der Ausführungsbestimmungen zur Geschäftsordnung des Grossen Rates (AB). Erhöhung des Grundbetrags und des Sitzungsgeldes für die Mitglieder des Grossen Rates

[07.12.11 09:24:50, Ratsbüro, 11.5284.01, BER]

Das Ratsbüro beantragt, auf den Bericht 11.5284.01 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussentwurf zuzustimmen.

Voten: Daniel Goepfert, Statthalter

Fraktionsvoten

Remo Gallacchi (CVP): beantragt namens der Fraktionen CVP, SP und GLP, die Wirksamkeit auf den 1. Februar 2012 vorzuverlegen.

Voten: Dominique König-Lüdin (SP); Mirjam Ballmer (GB); Lorenz Nägelin (SVP); Conradin Cramer (LDP)

Zwischenfragen

Voten: Patrick Hafner (SVP); Conradin Cramer (LDP); Roland Lindner (SVP); Conradin Cramer (LDP); Michael Wüthrich (GB); Conradin Cramer (LDP)

Beschluss-Protokoll 35. und 36. Sitzung, Amtsjahr 2011-2012

7. Dezember 2011 - Seite 9

Einzelvoten

Voten: Remo Gallacchi (CVP); Beatrice Alder Finzen (GB); David Wüest-Rudin (GLP); Lorenz Nägelin (SVP)

Zwischenfrage

Voten: Philippe Pierre Macherel (SP); Lorenz Nägelin (SVP)

Voten: Christine Wirz-von Planta (LDP); Andrea Bollinger (SP); Conradin Cramer (LDP)

Mitteilung

Markus Lehmann, Grossratspräsident: ich begrüsse bei dieser Gelegenheit Regierungspräsident Guy Morin und wünsche ihm für den bevorstehenden medizinischen Eingriff alles Gute.

Schlussvoten

Voten: Daniel Goepfert, Statthalter

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht einzutreten.

Detailberatung

Titel und Ingress

Römisch I. Änderung der Ausführungsbestimmungen (AB)

§ 11

Abs. 1, Sitzungsgeld Plenum

Abs. 2, Grundbetrag

Abs. 3, Aufwandentschädigungen für FKom und GPK

Abs. 4, Sitzungsgeld Kommissionen

Abs. 5, Nettobeträge

Römisch II, Publikationsklausel, Wirksamkeit

Antrag

die Fraktionen CVP, SP und GLP **beantragen**, die Wirksamkeit auf den 1. Februar 2012 festzulegen.

Das Ratsbüro beantragt als Wirksamkeitsdatum den 1. Februar 2013.

Der Grosse Rat beschliesst

mit 67 gegen 22 Stimmen bei 3 Enthaltungen, dem Antrag der Fraktionen CVP, SP und GLP **zuzustimmen**. Die Wirksamkeitsklausel lautet wie folgt: Sie *[die Änderung der AB]* wird auf den 1. Februar 2012 wirksam.

Der Grosse Rat beschliesst

mit 67 gegen 17 Stimmen bei 3 Enthaltungen und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Änderung von § 11 der Ausführungsbestimmungen zur Geschäftsordnung des Grossen Rates vom 29. Juni 2006 wird zugestimmt.

Diese Änderung ist zu publizieren. Sie wird auf den 1. Februar 2012 wirksam.

Die Änderung von § 11 der Ausführungsbestimmungen zur Geschäftsordnung des Grossen Rates ist im Kantonsblatt Nr. 96 vom 10. Dezember 2011 publiziert.

Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an den Basler Kunstverein für die Jahre 2012 - 2015

[07.12.11 10:13:56, BKK, PD, 11.1671.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 11.1671.01 einzutreten und dem Basler Kunstverein Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt CHF 3'420'000 zu bewilligen.

Voten: Maria Berger-Coenen, Referentin der Bildungs- und Kulturkommission

Voten: Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidialdepartementes (PD)

Voten: Patrick Hafner (SVP); Beatrice Alder Finzen (GB)

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ratschlag einzutreten.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Antrag

die Fraktion SVP beantragt, die Subvention um CHF 60'000 auf CHF 795'000 zu reduzieren.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 9 Stimmen, den Antrag der Fraktion SVP abzulehnen.

Detailberatung

Publikations- und Referendumsklausel

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 8 Stimmen und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Regierungsrat wird ermächtigt, dem Basler Kunstverein für die Jahre 2012 - 2015 eine nicht indexierte Subvention von maximal CHF 855'000 p. a. zu gewähren

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Ausgabenbericht betreffend Staatsbeiträge an den Verein LiteraturBasel für die Jahre 2012 - 2015

[07.12.11 10:23:16, BKK, PD, 11.1682.01, ABE]

Der Regierungsrat und die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ausgabenbericht 11.1682.01 einzutreten und dem Verein LiteraturBasel Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt CHF 1'400'000 zu bewilligen.

Voten: Martina Bernasconi, Referentin der Bildungs- und Kulturkommission; Maria Berger-Coenen (SP)

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ausgabenbericht einzutreten.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Publikationsklausel

Der Grosse Rat beschliesst

mit 43 gegen 4 Stimmen und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Regierungsrat wird ermächtigt, dem Verein LiteraturBasel in den Jahren 2012 - 2015 eine nicht indexierte Subvention in der Höhe von maximal CHF 350'000 p. a. auszurichten.

Budgetposition: Kostenstelle 3708213, Kostenart 365100, Stat. Auftrag 370821300005

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

11. Ratschlag betreffend Bewilligung eines Investitionsbeitrages an die Stadtbibliothek GGG für Ausbau und Modernisierung der Bibliothek Zentrum Schmiedenhof

[07.12.11 10:27:50, BKK, PD, 11.1744.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 11.1744.01 einzutreten und der Stadtbibliothek GGG einen Investitionsbeitrag in der Höhe von CHF 10'296'000 zu bewilligen.

Voten: Doris Gysin, Referentin der Bildungs- und Kulturkommission; Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidialdepartementes (PD)

Fraktionsvoten

Voten: Thomas Grossenbacher (GB); Christine Wirz-von Planta (LDP); Andrea Bollinger (SP)

Patrick Hafner (SVP): beantragt, den Ratschlag an den Regierungsrat zurückzuweisen.

Voten: Martina Bernasconi (GLP)

Zwischenfrage

Voten: Patrick Hafner (SVP); Martina Bernasconi (GLP)

Voten: Ernst Mutschler (FDP); Oswald Inglin (CVP)

Einzelvoten

Voten: Daniel Goepfert (SP)

Schlussvoten

Voten: Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidialdepartementes (PD); Doris Gysin, Referentin der Bildungs- und Kulturkommission

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ratschlag einzutreten.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 9 Stimmen, den Rückweisungsantrag der Fraktion SVP abzulehnen.

Detailberatung

Titel und Ingress

Ziffer 1, Investitionsbeitrag

Ziffer 2, Vertretung in der Projektorganisation

Publikations- und Referendumsklausel

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 10 Stimmen bei 3 Enthaltungen und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

- 1. Der Regierungsrat wird ermächtigt, der Stadtbibliothek GGG (Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige) für die Jahre 2012 bis 2014 einen nicht indexierten Investitionsbeitrag in der Höhe von total CHF 10'296'000 auszurichten.
- 2. Eine Vertretung des Kantons Basel-Stadt nimmt Einsitz in die Projektorganisation.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

12. Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an die GGG Stadtbibliothek Basel (Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige) für die Jahre 2012-2015

[07.12.11 11:22:44, BKK, PD, 11.1745.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 11.1745.01 einzutreten und der GGG Stadtbibliothek Basel Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt CHF 20'187'000 zu bewilligen.

Voten: Doris Gysin, Referentin der Bildungs- und Kulturkommission

Fraktionsvoten

Voten: Patrick Hafner (SVP); Andrea Bollinger (SP); Jürg Stöcklin (GB)

Einzelvoten

Voten: Patrick Hafner (SVP)

Schlussvoten

Voten: Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidialdepartementes (PD); Doris Gysin, Referentin der Bildungs- und Kulturkommission

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ratschlag einzutreten.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Publikations- und Referendumsklausel

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Regierungsrat wird ermächtigt, der GGG Stadtbibliothek Basel (Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige) für die Jahre 2012 bis 2015 eine nicht indexierte Subvention in der Höhe von CHF 5'046'750 p. a. auszurichten.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

13. Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Musik-Akademie der Stadt Basel für die Jahre 2012 - 2016

[07.12.11 11:34:06, BKK, ED, 11.1672.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 11.1672.01 einzutreten und der Musik-Akademie Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt CHF 65'000'000 zu bewilligen.

Voten: Christine Heuss, Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission

Fraktionsvoten

Voten: Maria Berger-Coenen (SP); Heiner Vischer (LDP); Elisabeth Ackermann (GB); Patrick Hafner (SVP)

Schlussvoten

Voten: RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED); Christine Heuss, Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ratschlag einzutreten.

Detailberatung

Titel und Ingress

Ziffer 1, Geldleistung

Ziffer 2, Weiterführung des zinslosen Darlehens

Publikations- und Referendumsklausel

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

- 1. Geldleistung: Subvention: 2012 2016: CHF 13'000'000 p.a.
- Zinsloses Darlehen: Weiterführung des zinslosen Darlehens von CHF 800'000 für die zweite Hypothek auf der Liegenschaft Leonhardsstrasse 6 (Stand 1. Januar 2012/Amortisation HJF 5'000 p.a.). Erneuerung des Grossratsbeschlusses vom 10. Dezember 1953

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

14. Ausgabenbericht betreffend Subventionsvertrag zwischen dem Kanton Basel-Stadt und Overall Basel Lehrverbund für die Jahre 2012 bis 2014

[07.12.11 11:47:51, BKK, ED, 11.1568.01, ABE]

Der Regierungsrat und die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ausgabenbericht 11.1568.01 einzutreten und dem Overall Basel Lehrverbund Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt CHF 420'000 zu bewilligen.

Voten: Ernst Mutschler, Referent der Bildungs- und Kulturkommission

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ausgabenbericht einzutreten.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Publikationsklausel

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig bei 1 Enthaltung und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Regierungsrat wird ermächtigt, als Beitrag an den Betrieb von Overall Basel Lehrverbund für die Jahre 2012 bis 2014 eine nicht indexierte Subvention von CHF 140'000 pro Jahr (zu Lasten der Kostenstelle 2658130, Kostenart 365100, statistischer Auftrag 265813000013) auszurichten.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

15. Ratschlag und Bericht betreffend Gewährung von Staatsbeiträgen für die Jahre 2012 bis 2015 an den Verein "Familien-, Paar- und Erziehungsberatung fabe"

[07.12.11 11:49:38, BKK, ED, 11.1664.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 11.1664.01 einzutreten und dem Verein "Familien-, Paar- und Erziehungsberatung fabe" Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt CHF 7'200'000 zu bewilligen.

Voten: Christine Heuss, Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission

Fraktionsvoten

Voten: Andreas Ungricht (SVP); Doris Gysin (SP); Brigitta Gerber (GB)

Schlussvoten

Voten: RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED)

Beschluss-Protokoll 35. und 36. Sitzung, Amtsjahr 2011-2012

7. Dezember 2011 - Seite 16

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ratschlag einzutreten.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Antrag

die Fraktion SVP beantragt, den jährlichen Staatsbeitrag um CHF 100'000 auf CHF 1'700'000 zu reduzieren.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 10 Stimmen, den Antrag der Fraktion SVP abzulehnen.

Detailberatung

Publikations- und Referendumsklausel

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 5 Stimmen bei 1 Enthaltung und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Regierungsrat wird ermächtigt, dem Verein Familien-, Paar- und Erziehungsberatung fabe in den Jahren 2012 bis 2015 eine nicht indexierte Subvention in der Höhe von maximal CHF 1'800'000 p.a. zu Lasten der Kostenstelle 2900310; Auftrag 290931000001, auszurichten.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Schluss der 35. Sitzung

12:00 Uhr

Beginn der 36. Sitzung

Mittwoch, 7. Dezember 2011, 15:00 Uhr

Mitteilung

Das Historische Museum Basel lädt den Grossen Rat mit Begleitung traditionellerweise auf den Dienstagabend vor der ersten Grossrats-Sitzung im neuen Jahr zu einem Neujahrsapéro in der Barfüsserkirche ein.

Ich bitte Sie, sich jetzt schon den Dienstagabend, 10. Januar 2012, ab 18.00 Uhr für diesen Anlass zu reservieren. Sie werden in den nächsten Tagen die Einladung des Historischen Museums auch noch per Post erhalten.

25. Neue Interpellationen.

[07.12.11 15:03:38]

Interpellation Nr. 92 Talha Ugur Camlibel betreffend Massenentlassungen bei Novartis und Huntsman [07.12.11 15:03:38, WSU, 11.5304.01, NIM]

Interpellation Nr. 93 Jürg Meyer gegen rücksichtslosen Stellenabbau in der Basler Region!

[07.12.11 15:03:38, WSU, 11.5309.01, NIM]

Diese Interpellationen werden vom Regierungsrat gemeinsam sofort mündlich beantwortet.

Voten: Talha Ugur Camlibel (GB); RR Christoph Brutschin, Vorsteher des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltdepartementes (WSU); Talha Ugur Camlibel (GB)

Der Interpellant Talha Ugur Camlibel erklärt sich von der Antwort teilweise befriedigt.

Die Interpellation 11.5304 ist erledigt.

Voten: Jürg Meyer (SP)

Der Interpellant Jürg Meyer erklärt sich von der Antwort teilweise befriedigt.

Die Interpellation 11.5309 ist erledigt.

Interpellation Nr. 94 Christophe Haller betreffend Umzug Studio Basel

[07.12.11 15:24:30, BVD, 11.5310.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD); Christophe Haller (FDP)

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort befriedigt.

Die Interpellation 11.5310 ist erledigt.

Interpellation Nr. 95 Emmanuel Ullmann betreffend unsichere Zukunft der Pensionskasse Basel-Stadt [07.12.11 15:26:58, FD, 11.5311.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: Emmanuel Ullmann (GLP); RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD); Emmanuel Ullmann (GLP)

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort nicht befriedigt.

Die Interpellation 11.5311 ist erledigt.

Interpellation Nr. 96 Sibylle Benz Hübner betreffend das Projekt CentralPark Basel als mögliche IBA-Thematik

[07.12.11 15:37:59, BVD, 11.5315.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD); Sibylle Benz Hübner (SP)

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort nicht befriedigt.

Die Interpellation 11.5315 ist erledigt.

Interpellation Nr. 97 Felix W. Eymann betreffend kriminelle Handlungen begangen von Asylbewerbern [07.12.11 15:45:09, JSD, 11.5316.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: RR Hanspeter Gass, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD); Felix W. Eymann (EVP/DSP)

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort befriedigt.

Die Interpellation 11.5316 ist erledigt.

Interpellation Nr. 98 Heidi Mück betreffend Überschreitung der gesetzlichen Klassengrössen an einer Mehrzahl der WBS-E-Zug-Klassen

[07.12.11 15:49:57, ED, 11.5318.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

16. Bericht des Regierungsrates zur Berichterstattung der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) über die Erfüllung des Leistungsauftrags 2010

[07.12.11 15:50:25, IPK FHNW, ED, 11.0859.01, SCH]

Der Regierungsrat und die Interparlamentarische Kommission Fachhochschule Nordwestschweiz beantragen, auf den Bericht 11.0859.01 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussentwurf zuzustimmen.

Voten: Oswald Inglin, Referent der IPK Fachhochschule Nordwestschweiz; Heidi Mück (GB)

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht einzutreten.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

- 1. Die mit dem Geschäftsbericht der FHNW vorliegende Jahresrechnung 2010 wird zur Kenntnis genommen.
- 2. Der Bericht der FHNW über die Erfüllung des Leistungsauftrags 2010 wird unter Kenntnisnahme des Kommentars der Regierungen genehmigt.
- 3. Diese Beschlüsse gelten unter dem Vorbehalt, dass die Parlamente der Kantone Aargau, Basel-Landschaft und Solothurn gleich lautende Beschlüsse fassen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

17. Ratschlag Änderung des Bebauungsplanes, Zonenänderung sowie Abweisung der Einsprachen für die Liegenschaften Rosentalstrasse 9 -13, (Areal Messeturm) Rosentalstrasse, Mattenstrasse

[07.12.11 15:57:19, BRK, BVD, 11.1240.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Bau- und Raumplanungskommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 11.1240.01 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussentwurf zuzustimmen.

Voten: Andreas C. Albrecht, Präsident der Bau- und Raumplanungskommission; RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD)

Fraktionsvoten

Voten: Peter Bochsler (EVP/DSP); Thomas Grossenbacher (GB); Giovanni Nanni (FDP); Bülent Pekerman (GLP)

Martin Lüchinger (SP): beantragt Rückweisung an den Regierungsrat.

Zwischenfrage

Voten: Baschi Dürr (FDP); Martin Lüchinger (SP)

Beschluss-Protokoll 35. und 36. Sitzung, Amtsjahr 2011-2012

7. Dezember 2011 - Seite 20

Voten: Roland Lindner (SVP); Conradin Cramer (LDP)

Einzelvoten

Patrizia Bernasconi (GB): beantragt Nichteintreten.

Voten: Remo Gallacchi (CVP); Patrizia Bernasconi (GB); Roland Lindner (SVP)

Schlussvoten

Voten: RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD); Andreas C. Albrecht, Präsident der Bau- und Raumplanungskommission

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 10 Stimmen, auf den Ratschlag einzutreten.

Der Grosse Rat beschliesst

mit 57 gegen 29 Stimmen, den Rückweisungsantrag der Fraktion SP abzulehnen.

Detailberatung

Titel und Ingress

I. Zonenänderung

II. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 157

Ziff. 1

Ziff. 2

Ziff. 2.4, 2.5 und 2.6

III. Delegation

IV. Entscheide über Einsprachen

V. Publikations- und Referendumsklausel, Wirksamkeit

Rechtsmittelbelehrung

Der Hinweis auf den Link zu den Plänen und Berichten zu diesem Beschluss wird angepasst.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 11 Stimmen und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Änderung des Bebauungsplanes, der Zonenänderung sowie der Abweisung der Einsprachen für die Liegenschaften Rosentalstrasse 9 -13, (Areal Messeturm) Rosentalstrasse, Mattenstrasse wird zugestimmt.

Dieser Beschluss ist mit Rechtsmittelbelehrung zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum und wird nach Eintritt der Rechtskraft wirksam.

Der vollständige Beschluss im Kantonsblatt Nr. 96 vom 10. Dezember 2011 publiziert.

18. Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission betreffend Fristverlängerung für die Traminitiative

[07.12.11 17:02:17, UVEK, BVD, 09.1670.04 08.5111.04, BER]

Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 09.1670.04 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussentwurf zuzustimmen.

Voten: Michael Wüthrich, Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission; Urs Müller-Walz (GB)

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht einzutreten.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Publikations- und Referendumsklausel

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Die Frist zur Durchführung der Volksabstimmung zur Volksinitiative "Ja zur Tramstadt Basel" (Traminitiative) wird gemäss §24a Abs. 4 des Gesetzes betreffend Initiative und Referendum bis zum 31. Dezember 2012 verlängert.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

19. Ratschlag Subventionsvertrag des Kantons Basel-Stadt an die Stiftung Frauenhaus beider Basel zum Schutz misshandelter Frauen und Kinder für das Frauenhaus Basel für die Betriebsjahre 2011 - 2014

[07.12.11 17:08:07, JSSK, JSD, 11.0985.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 11.0985.01 einzutreten und der Stiftung Frauenhaus beider Basel Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt CHF 1'760'000 zu bewilligen.

Voten: Felix Meier, Präsident der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission; Brigitta Gerber (GB); Ursula Kissling (SVP); RR Hanspeter Gass, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD); Felix Meier, Präsident der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ratschlag einzutreten.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Antrag

die Fraktion SVP beantragt, die jährliche Subvention um CHF 27'000 auf CHF 413'000 zu reduzieren.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 8 Stimmen, den Antrag der Fraktion SVP abzulehnen.

Detailberatung

Publikations- und Referendumsklausel

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 10 Stimmen und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Regierungsrat wird ermächtigt, der Stiftung Frauenhaus beider Basel zum Schutz misshandelter Frauen und Kinder zugunsten des Frauenhauses Basel für die Betriebsjahre 2011 - 2014 einen Subventionsbeitrag in der Höhe von CHF 440'000 p.a. für die Erfüllung der vertraglich vereinbarten Leistungen auszurichten.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

20. Ausgabenbericht betreffend Erdbebenvorsorge (Projekt 2012 - 2015)

[07.12.11 17:21:30, BRK, JSD, 11.1599.01, ABE]

Der Regierungsrat und die Bau- und Raumplanungskommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ausgabenbericht 11.1599.01 einzutreten und einen Kredit von CHF 870'000 zu bewilligen.

Voten: Andreas C. Albrecht, Präsident der Bau- und Raumplanungskommission

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ausgabenbericht einzutreten.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Publikationsklausel

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für die Realisierung des Projektes zur Erdbebenvorsorge unter Auftrag 506559020000, Konto 506000 wird ein Kredit von CHF 870'000, verteilt auf die Jahre 2012 (CHF 285'000), 2013 (CHF 250'000), 2014 (CHF 230'000) und 2015 (105'000) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

21. Ratschlag Investitionsbeitrag des Kantons Basel-Stadt an die Instandstellung der St. Albankirche Basel

[07.12.11 17:24:30, BRK, FD, 11.1039.01, RAT]

Das Geschäft wurde abgesetzt.

22. Ratschlag Bewilligung eines Rahmenkredits für ein Impulsprogramm zur Förderung elektronischer Behördengänge und Verwaltungsverfahren 2012 - 2015. e-Government-Strategie und Aktionsplan II

[07.12.11 17:24:49, FKom, FD, 11.1406.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Finanzkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 11.1406.01 einzutreten und einen Rahmenkredit in der Höhe von insgesamt CHF 4'400'000 zu bewilligen.

Voten: Baschi Dürr, Präsident der Finanzkommission

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ratschlag einzutreten.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Publikations- und Referendumsklausel

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Zwecks Durchführung eines Impulsprogrammes zur Förderung elektronischer Behördengänge und Verwaltungsverfahren wird ein Rahmenkredit von CHF 4'400'000, wovon CHF 3'500'000 zu Lasten der Investitionsrechnung sowie CHF 900'000 zu Lasten der laufenden Rechnung, in den Jahren 2012 - 2015, bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

23. Bericht der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission für das Universitäts-Kinderspital beider Basel (IGPK UKBB) zum Bericht des Regierungsrates betreffend Jahresbericht und Jahresrechnung des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) für das Betriebsjahr 2010. Partnerschaftliches Geschäft

[07.12.11 17:27:47, IGPK UKBB, GD, 11.1001.02, BER]

Die Interparlamentarische Geschäftsprüfungskommission des Universitäts-Kinderspitals beider Basel beantragt, auf den Bericht 11.1001.02 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussentwurf zuzustimmen.

Voten: André Weissen, Präsident der IGPK Universitäts-Kinderspitals beider Basel

Fraktionsvoten

Voten: Urs Müller-Walz (GB); RR Carlo Conti, Vorsteher des Gesundheitsdepartementes (GD); André Weissen, Präsident der IGPK Universitäts-Kinderspitals beider Basel

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht einzutreten.

Detailberatung

Titel und Ingress

Ziffer 1

Ziffer 2

Ziffer 3

Ziffer 4

Publikationsklausel

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

- Der Grosse Rat nimmt den Bericht der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission für das Universitäts-Kinderspital beider Basel (IGPK UKBB) zum Bericht des Regierungsrates betreffend Jahresbericht und Jahresrechnung des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) für das Betriebsjahr 2010 sowie zum externen Revisionsbericht zur Kenntnis.
- 2. Der Jahresbericht und die Jahresrechnung des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) für das Betriebsjahr 2010 werden genehmigt.
- Das positive Unternehmensergebnis in Höhe von CHF 2'256'066 wird vollständig auf die neue Rechnung übertragen.
- 4. Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt, dass der Partnerkanton im gleichen Sinne entscheidet.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

24. Bericht der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission für die Schweizerischen Rheinhäfen (IGPK Rheinhäfen) zum Bericht des Regierungsrates über das Geschäftsjahr 2010 der Schweizerischen Rheinhäfen. Partnerschaftliches Geschäft

[07.12.11 17:43:17, IGPK Hafen, WSU, 11.0822.02, BER]

Die Interparlamentarische Geschäftsprüfungskommission für die Schweizerischen Rheinhäfen beantragt, auf den Bericht 11.0822.02 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussentwurf zuzustimmen.

Voten: Elisabeth Ackermann, Präsidentin der IGPK Rheinhäfen

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht einzutreten.

Detailberatung

Titel und Ingress

Ziffer 1

Ziffer 2

Ziffer 3

Publikationsklausel

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

- Der Grosse Rat nimmt den Bericht der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission für die Schweizerischen Rheinhäfen (IGPK Rheinhäfen) zum Bericht des Regierungsrates über das Geschäftsjahr 2010 sowie zum Revisionsbericht zur Kenntnis.
- 2. Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung der Schweizerischen Rheinhäfen (SRH) über das Betriebsjahr 2010 werden zur Kenntnis genommen.
- 3. Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt, dass der Partnerkanton im gleichen Sinne entscheidet.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Beschluss-Protokoll 35. und 36. Sitzung, Amtsjahr 2011-2012

7. Dezember 2011 - Seite 26

Schriftliche Anfragen

Es sind folgende Schriftlichen Anfragen eingegangen:

- Schriftliche Anfrage Bülent Pekerman zur Zukunft der Pensionskasse Basel-Stadt (11.5321).
- Schriftliche Anfrage Dominique König-Lüdin zum Musikunterricht in der 5./6. Klasse Primarschule und 1.-3. Klasse Sekundarstufe I (11.5320).
- Schriftliche Anfrage André Auderset betreffend nicht eingehaltenem Versprechen an Hundehalter im Kleinbasel (11.5319).

Die Schriftlichen Anfragen werden dem Regierungsrat zur Beantwortung innert drei Monaten überwiesen.

Schluss der 36. Sitzung

17:50 Uhr

Basel, 7. Dezember 2011

Markus Lehmann Grossratspräsident Thomas Dähler I. Ratssekretär

Anhang A: Neue Geschäfte (Zuweisung)

Direkt auf die Tagesordnung kommen Komm. Dep.			Dep.	Dokument
1.	Bestätigung von Bürgeraufnahmen		JSD	11.1552.01
2.	Bericht der Finanzkommission des Grossen Rates zum Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2012 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission sowie Schreiben des Regierungsrates zu drei Vorgezogenen Budgetpostulate für 2012	FKom BKK	FD PD	11.0111.02 11.0111.01 10.5363.02 10.5364.02 10.5367.02
3.	Schreiben des Regierungsrates betreffend Ersatzwahlen einer Präsidentin des Strafgerichts (50%) und einer Richterin des Appellationsgerichts vom 27 November 2011 (für den Rest der Amtsperiode 2010 - 2015); Stille Wahl - Antrag auf Validierung	Ratsbüro	PD	11.0845.01
4.	Bericht und Antrag des Ratsbüros zur Änderung des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Grossen Rates (GO) und der Ausführungsbestimmungen zur Geschäftsordnung (AB). Anpassung im Hinblick auf die Inbetriebnahme der Abstimmungsanlage	Ratsbüro		11.5254.01
5.	Bericht des Ratsbüros zur Änderung der Ausführungsbestimmungen zur Geschäftsordnung des Grossen Rates (AB). Erhöhung des Grundbetrags und des Sitzungsgeldes für die Mitglieder des Grossen Rates	Ratsbüro		11.5284.01
6.	Bericht der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission für die Schweizerischen Rheinhäfen (IGPK Rheinhäfen) zum Bericht des Regierungsrates über das Geschäftsjahr 2010 der Schweizerischen Rheinhäfen. <i>Partnerschaftliches Geschäft</i>	IGPK Rheinhäfe n	WSU	11.0822.02
7.	Bericht der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission für das Universitäts-Kinderspital beider Basel (IGPK UKBB) zum Bericht des Regierungsrates betreffend Jahresbericht und Jahresrechnung des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) für das Betriebsjahr 2010. Partnerschaftliches Geschäft	IGPK UKBB	GD	11.1001.02
8.	Bericht und Vorschlag zur Wahl einer Ersatzrichterin am Strafgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2007 - 2012	WVKo		11.5201.02
9.	Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission betreffend Fristverlängerung für die Traminitiative	UVEK		09.1670.04 08.5111.04
10.	Ausgabenbericht betreffend Subventionsvertrag zwischen dem Kanton Basel-Stadt und Overall Basel Lehrverbund für die Jahre 2012 bis 2014	ВКК	ED	11.1568.01
11.	Ratschlag und Bericht betreffend Gewährung von Staatsbeiträgen für die Jahre 2012 bis 2015 an den Verein "Familien-, Paar- und Erziehungsberatung fabe"	вкк	ED	11.1664.01
12.	Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Musik- Akademie der Stadt Basel für die Jahre 2012 - 2016	BKK	ED	11.1672.01
13.	Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an den Basler Kunstverein für die Jahre 2012 - 2015	BKK	PD	11.1671.01
14.	Ausgabenbericht betreffend Staatsbeiträge an den Verein LiteraturBasel für die Jahre 2012 - 2015	BKK	PD	11.1682.01
15.	Ratschlag betreffend Bewilligung eines Investitionsbeitrages an die Stadtbibliothek GGG für Ausbau und Modernisierung der Bibliothek Zentrum Schmiedenhof	вкк	PD	11.1744.01
16.	Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an die GGG Stadtbibliothek Basel (Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige) für die Jahre 2012-2015	вкк	PD	11.1745.01
17.	Ausgabenbericht betreffend Staatsbeiträge an die Stiftung Basler Papiermühle für die Jahre 2012-2015	BKK	PD	11.1665.01
18.	Ausgabenbericht betreffend Erdbebenvorsorge (Projekt 2012 - 2015)	BRK	JSD	11.1599.01
19.	Ratschlag Investitionsbeitrag des Kantons Basel-Stadt an die Instandstellung der St. Albankirche Basel	BRK	FD	11.1039.01

7 (111) (2	ing zum Beschlass i Totokoli oo. and oo. Olizang, Amisjani zotti / Zotz	7. 0020	JIIIDOI 20	711 Ocho 20
20.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Loretta Müller und Konsorten bezüglich Schaffung von "Low Emission Zones" in Basel		WSU	09.5178.02
21.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Beatriz Greuter und Konsorten betreffend flankierende Massnahmen im Gundeli nach Eröffnung der Nordtangente		BVD	07.5188.03
22.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Sibel Arslan und Konsorten betreffend Einrichtung von direkten Velorouten		BVD	09.5239.02
23.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Loretta Müller und Konsorten bezüglich separate Ampelführung für rechtsabbiegende Velos		BVD	09.5243.02
24.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Martin Lüchinger und Konsorten betreffend Kulturvermittlung in den Schulen		ED	06.5128.03
25.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Anita Lachenmeier und Konsorten betreffend Aufenthaltsorte für Jugendliche		ED	06.5375.03
26.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Beat Jans und Konsorten betreffend Senkung der Gebühren für die Todesurkunde		JSD	10.5280.02
27.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Anita Heer betreffend Polizei- unabhängige Beschwerdenstelle		JSD	05.8398.04
28.	Schreiben des Regierungsrates zu den Anzügen Andrea Frost-Hirschi und Christian Klemm und Konsorten betreffend Suizidprävention im Kanton Basel-Stadt sowie Martina Saner und Konsorten für einen Massnahmenplan zur Förderung der psychischen Gesundheit und zur Prävention von psychischen Erkrankungen für die Bevölkerung in Basel-Stadt		GD	02.7245.05 09.5325.02
Übe	rweisung an Kommissionen			
29.	Petition P290 "Nein zum Asylwohnheim Felix Platter-Spital"	PetKo		
30.	Petition P291 gegen die neu geplante Sunrise Mobilfunkantenne, Bruderholzallee 169, 4059 Basel	PetKo		
31.	Ratschlag betreffend Betriebskostenbeiträge für die Jahre 2012 bis und mit 2015 im Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit an die Vereine "Robi-Spiel-Akrion", "Haus für Kinder und Eltern", "Regionalverband der Basler Blaukreuzjugend", "Basler Kindertheater", "Kindertreffpunkt zum Burzelbaum", "Jugendförderverein Oberes Kleinbasel, ooink ooink Productions", "Basler Freizeitaktion (BFA)", "Jugendzentrum Dalbeloch", "Eulerstroos nüün", "Mobile Jugendarbeit Basel" und an die Stiftung "idée.sport"	вкк	ED	11.1685.01
32.	Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Beyeler Museum AG für die Jahre 2012 - 2015	ВКК	PD	11.1666.01
33.	Ausgabenbericht Reinacherstrasse Süd Abschnitt Jakobsbergerholzweg bis Giornicostrasse. Neue Fahrbahnaufteilung und Baumstandortver- besserung im Zuge dringend anstehender Sanierungsarbeiten	UVEK	BVD	11.1614.01
34.	Ratschlag Wiesenplatz Ausführungsprojektierung / Realisierung behindertengerechter Tramhaltestellen und Schaffung eines Quartierplatzes sowie Bericht zu einem Anzug	UVEK	BVD	11.1637.01 06.5282.04
35.	Ausgabenbericht betreffend Öffnung Klybeckquai im Bereich Dreirosenbrücke bis Wiesendamm	UVEK	BVD	11.1788.01
36.	Ratschlag und Entwurf zu einer Änderung des Gebäudeversicherungsgesetzes	FKom	FD	11.1729.01
37.	Ratschlag betreffend Änderung des Gesetzes über die Harmonisierung und Koordination von bedarfsabhängigen Sozialleistungen (Harmonisierungsgesetz Sozialleistungen/SoHaG)	GSK	ED	11.1785.01
38.	Ratschlag zur Aufhebung des Gesetzes betreffend Einführung des Bundesgesetzes über die Arbeitsvermittlung und des Gesetzes betreffend Einführung des Bundesgesetzes vom 25. Juni 1982 über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzentschädigung	WAK	WSU	11.1835.01

Anhang zum Beschluss-Protokoll 35. und 36. Sitzung, Amtsjahr 2011 / 2012 7. Dezember 2011 - Seite 28

An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung				
39.	Anzug Brigitte Heilbronner und Konsorten betreffend Tempo 30 in der ganzen Stadt Basel während der Nacht			11.5306.01
40.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Emmanuel Ullmann und Konsorten zur Senkung der CO2-Emissionen beim Individualverkehr durch staatliche Anreizsetzungen		WSU	09.5134.02
Ken	ntnisnahme			
41.	Bericht der Finanzkommission zum Tätigkeitsbericht der Finanzkontrolle 2010	FKom		11.5293.01
42.	Schreiben der Geschäftsprüfungskommission zur Stellungnahme des Regierungsrates zum Bericht 11.5133.01 der Geschäftsprüfungskommission	GPK		11.5133.02
43.	Rücktritt von Remo Gallacchi als Mitglied der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission per 5. Dezember 2011 (auf den Tisch des Hauses)			11.5307.01
44.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Anita Heer und Konsorten betreffend Weiterentwicklung Tarifverbund Nordwestschweiz zu einem Verkehrsverbund (stehen lassen)		BVD	07.5211.03
45.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Tobit Schäfer und Konsorten betreffend Entlastung der Stadtbildkommission (stehen lassen)		BVD	09.5267.02
46.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Schienenbogen Margarethenbrücke - Viaduktstrasse (Richtung Birsigviadukt) (stehen lassen)		BVD	07.5047.03
47.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Brigitte Strondl und Konsorten betreffend Veloweg auf der Dreirosenbrücke (stehen lassen)		BVD	07.5161.03
48.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Loretta Müller und Konsorten bezüglich Verbesserung der Parkplatzsituation für Velos (stehen lassen)		BVD	09.5244.02
49.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage André Auderset betreffend "Sommer-Gastronomie"		BVD	11.5212.02
50.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jörg Vitelli und Konsorten bezüglich kurz- und mittelfristiges Veloparkplatzangebot am Bahnhof SBB (stehen lassen)		BVD	09.5182.02
51.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Mirjam Ballmer und Konsorten bezüglich Öffnung von Einbahnstrassen für Velos (stehen lassen)		BVD	09.5241.02
52.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Mirjam Ballmer und Konsorten bezüglich Verbreitungen von Velospuren (stehen lassen)		BVD	09.5242.02
53.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Ursula Metzger Junco P. und Konsorten zur Einführung einer Sicherstellung der Löhne von Cabaret- und Nightclub-Tänzerinnen (stehen lassen)		WSU	09.5160.02
54.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Brigitta Gerber betreffend Abweisungen von Frauen in Frauenhäusern wegen Platzmangel		JSD	11.5185.02
55.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage André Auderset betreffend Gefährdung der Basler Bevölkerung durch freigelassene deutsche "Triebtäter"		JSD	11.5213.02
56.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Jürg Meyer betreffend Unterbringung, Betreuung und Tarifgestaltung in den Pflegewohngruppen Sucht des Kantons Basel-Stadt		GD	11.5215.02
57.	Rücktritt von Susanne Nese als Ersatzrichterin am Strafgericht per 31. Dezember 2011 (auf den Tisch des Hauses)	WVKo		11.5326.01
58.	Rücktritt von Rosmarie Siegrist-Ruzzunenti als Ersatzrichterin am Zivilgericht per 31. Dezember 2011 (auf den Tisch des Hauses)	WVKo		11.5330.01

Anhang B: Neue Vorstösse

Anzug

a) Anzug betreffend Tempo 30 in der ganzen Stadt Basel während der Nacht

11.5306.01

Im Tagesanzeiger vom 14. Oktober 2011 war zu lesen, dass in der Stadt Zürich eine Arbeitsgruppe daran sei zu diskutieren, ob in der ganzen Stadt Zürich zwischen 22.00 Uhr und 06.00 Uhr Tempo 30 eingeführt werden sollte. Einbezogen wären auch die breiten Einfall- und Ausfallstrassen, wo heute Tempo 50 gilt.

Erreicht werden soll damit eine Reduktion des Strassenlärms unter den Grenzwert der eidgenössischen Lärmschutzverordnung und in Folge davon ein besserer Schutz der Nachtruhe. Unterstützt würde diese Massnahme mit einer Absenkung der Strassenbeleuchtung und mit dem Umschalten der Lichtsignalanlagen auf gelb blinken. Auf einer ersten Teststrecke bei Zürich - Kalchbühlstrasse in Wollishofen - konnte im Herbst 2009 eine Lärmreduktion von 2,4 bis 4,5 Dezibel gemessen werden.

Gemäss einer Studie der Fachhochschule Jena, welche im Januar 2011 veröffentlicht wurde, ist eine Lärmreduktion durch Tempo 30 nachts eindeutig nachgewiesen. Bei dieser Studie wurde vom 10. Juni 2010 bis zum 20. September 2010 an einigen Bundesstrassen die Höchstgeschwindigkeit zwischen 22.00 Uhr und 06.00 Uhr von Tempo 50 auf Tempo 30 reduziert. Dabei wurde festgestellt, dass bei Tempo 50 der Lärmpegel immer höher ist als bei Tempo 30, auch wenn 50 im 4. Gang und 30 im 2. Gang gefahren wurde.

Es ist den Unterzeichnenden bewusst, dass eine Temporeduktion nachts nicht die alleinig selig machende Massnahme zur Lärmreduktion ist. Die Temporeduktion hat aber den grossen Vorteil, dass sie rasch umsetzbar ist.

Tram und Bus mit eigener Trasse könnten von dieser Massnahme ausgenommen werden. Dort wo für Tram und Bus ein solches Eigentrasse fehlt, ist wahrscheinlich wegen der Umstellung der Lichtsignalanlagen auf gelb blinken kaum mit Behinderungen zu rechnen.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten,

- ob auf Basels Strassen zum Schutz der Nachtruhe zwischen 22.00 und 06.00 Uhr Tempo 30 eingeführt werden kann und ob diese Massnahme mittels einer deutlichen Reduktion der Strassenbeleuchtung und mittels Umschalten der Lichtsignalanlagen auf gelb blinken unterstützt werden kann,
- ob in Grossbasel-West ein Versuchsgebiet mit Tempo 30 nachts eingerichtet werden kann.

Brigitte Heilbronner, Stephan Luethi-Brüderlin, Andrea Bollinger, Christoph Wydler, Jörg Vitelli, Michael Wüthrich, Kerstin Wenk, Helen Schai-Zigerlig, Beat Fischer, Dominik König-Lüdin, Eveline Rommerskirchen

Interpellationen

a) Interpellation Nr. 92 betreffend Massenentlassungen bei Novartis und Huntsman

11.5304.01

Innert 5 Monaten haben allein 4 Konzerne den Abbau von rund 1'800 Stellen in der Grossregion Basel beschlossen. Novartis will in Basel 760 und in Nyon 320 Stellen streichen. Der Konzern hat in den ersten 9 Monaten des laufenden Geschäftsjahres 20 Prozent mehr Umsatz erwirtschaftet und einen Kern-Reingewinn von über 10 Milliarden Dollar erwirtschaftet. Fast jeder zehnte Novartis-Mitarbeiter in der Schweiz muss also mit einer Entlassung rechnen.

Andererseits gab Huntsman bekannt, die Division "Textile Effects" in Basel zu schliessen. Der US-Chemiekonzern Huntsman glänzt mit einem Rekordergebnis. Gemäss CEO Peter R. Huntsman ist es sogar "das beste Quartal in der Geschichte des Unternehmens". In drei Monaten erzielte der Konzern einen Umsatz von rund 3 Mia. US\$, einen Reingewinn von 108 Mio. US\$ und eine Rendite von 3.67%! Damit wird 2011 für Huntsman zum Rekordjahr. Und trotzdem will der Chemie-Konzern in Basel 700 Angestellte auf die Strasse stellen.

Der angekündigte Stellenabbau ist nicht akzeptabel. Ich bitte daher die Regierung, folgende Fragen zu beantworten:

- 1. Wie begründet Novartis die Massenentlassungen? Wie nimmt der Regierungsrat Stellung dazu?
- 2. Wie begründet der US-Chemiekonzern Huntsman die Massenentlassungen? Wie nimmt der Regierungsrat Stellung dazu?
- 3. Welche Schritte hat die Regierung unternommen, nachdem die Massenentlassungen bekannt geworden waren?
- 4. Welche Massnahmen können im Bezug auf die Massenentlassungen trotz Milliardengewinnen, ergriffen werden?

Talha Ugur Camlibel

b) Interpellation Nr. 93 gegen rücksichtslosen Stellenabbau in der Basler Region!

11.5309.01

Die Liste der Unternehmen, die in der Region Nordwestschweiz in der letzten Zeit massiv Stellen abgebaut haben, ist lang und wird immer länger. Zu ihnen gehören der Pharma-Multi Novartis (Basel) in Produktion und Forschung, und der US-Chemiekonzern Huntsman mit den früheren Ciba-Betrieben (Basel). Beide verzeichneten in jüngster Zeit Rekordumsätze und Rekordgewinne. Im Weiteren wurden Entlassungen angekündigt bei Swissmetall (Dornach), Harlan (Ittingen, Füllinsdorf) und als jüngstes Beispiel bei der Rohrbogen AG (Pratteln).

Für die betroffenen Arbeitnehmenden und deren Angehörigen herrschen jetzt Zeiten von Unsicherheit und Angst. Wegen der Häufung solcher Entlassungen und wegen der Verhärtung der allgemeinen konjunkturellen Lage muss befürchtet werden, dass ein Teil der betroffenen Arbeitnehmenden für immer vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen bleibt. Dies ist besonders in einer von Arbeit geprägten Gesellschaft einerseits eine Quelle von bitterer Not. Andererseits zieht dies für die Gemeinwesen und deren Steuerzahlenden erhebliche Folgekosten nach sich.

Gemäss Artikel 335d ff des Obligationenrechts sind die Arbeitgebenden vor beabsichtigten Massenentlassungen zu Konsultationen und Verhandlungen mit den Sozialpartnern verpflichtet. Leider zeigen in den gegenwärtigen Verhandlungen vor allem die Unternehmen mit guten Rechnungsabschlüssen wie Novartis und Huntsman keine Bereitschaft zu substantiellen Zugeständnissen. Vor allem in den gut situierten Unternehmen muss dabei nach Alternativen zu den brutalen Abbau- und Verlagerungsprojekten gesucht werden. Auf jeden Fall muss auf Boni und Dividenden verzichtet werden, ehe an Stellenabbau auch nur gedacht werden darf. In diesem Sinne sind jetzt Gewerkschaften wie Unia und die Personalvertretungen im Einsatz, um tragfähige Alternativen auszuhandeln. Auf Veranlassung der Gewerkschaftsbünde der beiden Basel sowie von politischen Parteien wie Sozialdemokratische Parteien Basel-Stadt und Basel-Landschaft, Grüne Partei Baselland, Grünes Bündnis Basel-Stadt wurde das Komitee "Stopp Stellenabbau" gegründet. Wir sind überzeugt: So darf es nicht weitergehen. Es braucht Gegenstrategien und konkrete Massnamen, um künftig Massenentlassungen in unserer Region zu verhindern.

Leider blieben bisher die Regierungen der beiden Basler Kantone im Hinblick auf die bedrohliche Entwicklung passiv. Sie taten nur wenig, um sich für die Erhaltung der Arbeitsstellen und des Wirtschaftsstandorts einzusetzen. Dabei stehen Standortgemeinden und -kantone und Unternehmen in vielfältiger Weise in Verhältnissen des wechselseitigen Gebens und Nehmens. So erhielt beispielsweise die Firma Novartis beim Aufbau ihres Campus in grossen Teilen von Grossbasel-West vom Kanton Basel Stadt viele Zugeständnisse.

Im Sinne dieser Ausführungen stelle ich dem Regierungsrat folgende Fragen:

- 1. Wie beurteilt der Regierungsrat den beschleunigten Strukturwandel unserer Region insbesondere mit Blick auf die Arbeitsplätze in der produzierenden Industrie?
- 2. Was unternimmt der Regierungsrat, um sich für die Erhaltung der bedrohten Arbeitsstellen einzusetzen?
- 3. Wie bringt er den verantwortlichen Unternehmensleitungen die Missbilligung der beabsichtigten Entlassungen zum Ausdruck?
- 4. Welche Handlungsspielräume sieht der Regierungsrat, um den Verzicht auf Entlassungen zu fördern und zu begünstigen?
- 5. Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, das Zustandekommen fairer Sozialpläne zu unterstützen?
- 6. Wie kann verhindert werden, dass aus den Entlassungen Dauerarbeitslosigkeit oder Qualifikationsverluste hervorgehen?

Jürg Meyer

c) Interpellation Nr. 94 betreffend Umzug Studio Basel

11.5310.01

Den Medien konnte kürzlich entnommen werden, dass das Radio Studio Basel einen Umzug in zentraler Stadtlage erwägt. Das bisherige "Radiostudio Basel" an der Novarastrasse würde unter solchen Umständen von der SRG ab ca. 2013/2014 betrieblich nicht mehr gebraucht.

Die Radio & Fernsehgenossenschaft Basel ist Eigentümerin der Parzelle an der Novarastrasse 2 in Basel. Diese ist mit einem Baurecht an die SR DRS als Baurechtsnehmerin vermietet. Baurechtsgeberin und -nehmerin haben sich auf einen vorzeitigen Heimfall des Baurechts geeinigt, sobald über den neuen Standort des Studios in Basel Beschlüsse gefallen sind. Die Finanzierung des neuen SRG D. Standorts Basel setzt voraus, dass die Parzelle des ehemaligen Radiostudios Basel an der Novarastrasse einer neuen Nutzung zugeführt werden kann.

Zonenrechtlich liegt die Parzelle an der Novarastrasse 2 in der Zone für Nutzungen im öffentlichen Interesse. Die dem Radiobetrieb bisher vorbehaltenen Grundstücke auf dem Bruderholz befinden sich an bester Wohnlage. Eine Neunutzung mit qualitativ hoch stehendem Wohnungsbau liegt im Interesse des Kantons Basel-Stadt und des Bruderholzquartiers. Eine entsprechende Umzonung sowie eventuell die Erstellung eines entsprechenden Bebauungsplanes ist daher dringend erforderlich.

Aufgrund der geschilderten Sachlage bitte ich den Regierungsrat folgende Fragen zu beantworten:

- 1. Ist der Regierungsrat auch der Meinung, dass das bisher vom Studio Basel genutzte Gelände sich ausgezeichnet für die Schaffung von gehobenem Wohnraum eignet?
- 2. Ist der Regierungsrat bereit, eine entsprechende Umzonung rasch an die Hand zu nehmen? Christophe Haller

d) Interpellation Nr. 95 betreffend unsichere Zukunft der Pensionskasse Basel-Stadt

11.5311.01

Um seine Leistung nachhaltig sicherzustellen, muss eine Vorsorgeeinrichtung längerfristig zu 100% risikofähig sein. Eine volle Risikofähigkeit bedeutet, dass die Wertschwankungsreserven voll geäufnet sind und freie Mittel existieren.

Wie wir wissen, ist die Pensionskasse Basel-Stadt (PKBS) weit davon entfernt. Eher erstaunlich ist hingegen, dass die Pensionskasse gemäss Antwort des Regierungsrates auf die Interpellation Nr. 11.5065.02 diese volle Risikofähigkeit gar nicht anstrebt. Denn dazu müsste sie jährlich eine Performance von 6.1% erreichen, was selbst dem Regierungsrat unrealistisch erscheint. Wenn aber das Ziel der vollen Risikofähigkeit unrealistisch ist, fragt sich zwangsläufig, weshalb die gesetzten Parameter derart hoch sind.

Der Kanton bezahlt seit 2000 im Durchschnitt jährlich CHF 170 Mio. an Arbeitgeberbeiträge und verschiedene Einmaleinlagen in die PKBS. Die Pensionskasse Basel-Stadt wurde überdies bereits zweimal saniert - der Steuerzahler hat hierzu im Jahre 2008 und 2010 total über CHF 2.2 Mia. bezahlt. Damit der Deckungsgrad gehalten werden kann (keine Äufnung der Wertschwankungsreserven) ist alleine eine Performance von jährlich 4.6% notwendig. In den letzten 20 Jahren betrug die durchschnittliche Performance der PKBS 4.3%. Die Performance im Jahre 2011 beträgt per 30.9. -2.7%. Eine dritte Sanierung erscheint unausweichlich. Dennoch hat man das Gefühl, dass der Regierungsrat nicht reagiert.

Ich bitte den Regierungsrat folgende Fragen zu beantworten:

- 1. Weshalb ist es nicht das Ziel des Regierungsrates als Arbeitgebervertreter im Stiftungsrat, dass die PKBS eine volle Risikofähigkeit erlangt und dass damit die Leistungsauszahlungen langfristig gesichert sind?
- 2. Weshalb macht der Regierungsrat seinen Einfluss als Arbeitgebervertreter im Stiftungsrat nicht geltend, um Planänderungen einzuführen, bevor eine dritte Sanierung der Pensionskasse ansteht?
- 3. Wie kann der Regierungsrat sein Zuwarten gegenüber dem Steuerzahler rechtfertigen?
- 4. Hat der Regierungsrat eine Vision und eine Strategie für die Zukunft seiner Pensionskasse? Wie sieht diese aus?

Emmanuel Ullmann

e) Interpellation Nr. 96 betreffend das Projekt CentralPark Basel als mögliche IBA-Thematik

11.5315.01

Als Präsident der IBA 2020 und Mitglied des IBA-Lenkungsausschusses durfte sich der Departementsvorsteher BVD über ein reges Interesse freuen, als sich am 3. November 2011 mehr als 400 Personen einfanden, um am IBA-2020-Forum die zur Weiterbearbeitung empfohlenen Projektideen kennenzulernen. http://www.ibabasel.net/de/projekte/projektübersicht.html. Die Internationale Bauausstelllung (IBA) tritt als programmatische Ausstellung für städtebauliche Innovationen auf, mit dem Ziel, neue Impulse für die Entwicklung der trinationalen Region auszulösen. Der Kanton Basel-Stadt trägt mit rund CHF 1.9 Mio. den grössten Anteil der Kosten für das Projekt IBA 2020. Ziel des Unternehmens ist es, der Stadtregion neue, nachhaltige Impulse zu geben. Projekte aus den Bereichen Architektur und Städtebau, Baukultur und Landschaftsplanung sollen aufgenommen werden. Als offenes "Zukunftslabor" soll die IBA einen Rahmen schaffen für Projekte und Strategien, die sichtbar machen, wie die gemeinsam gestaltete Zukunft aussehen und praktisch umgesetzt werden könnte. Besondere Bedeutung wird der Identifikation der Bewohnerinnen und Bewohner mit den Projekten zugemessen. Ein genau diesen Kriterien entsprechendes Projekt ist das Projekt CentralParks Basel über dem Geleisefeld am Bahnhof SBB. Es wurde unter reger Anteilnahme der Bevölkerung seit 2006 von der Idee zur Projektskizze entwickelt, befasst sich mit städtischer Landschaftsplanung, Baukultur, sozialen Räumen und Begrünung von Flächen in der Stadt. Ich habe in Erfahrung gebracht, dass das Projekt CentralPark Basel auf seine Projekteingabe hin leider mit wenigen Zeilen von einer Teilnahme an der IBA 2020 ausgeschlossen wurde. Ich zitiere aus dem Antwortschreiben der IBA-Verantwortlichen gegenüber den Projektträgern des CentralPark Basel: "Wir danken Ihnen für die Eingabe Ihres Projektvorschlags "CentralParkBasel" im Rahmen des Projektaufrufs der IBA Basel 2020. Erfreulicherweise sind rund 80 Projektvorschläge eingegangen. Diese wurden vom wissenschaftlichen IBA Kuratorium anhand der formellen und inhaltlichen Kriterien überprüft und im Hinblick auf das Forum vorqualifiziert. Ausschlaggebend waren die im Projektaufruf genannten Kriterien, namentlich der grenzüberschreitende Mehrwert, also die konkrete Bedeutung eines Projektvorschlags für den gesamten Raum. [...] Leider müssen wir Ihnen mitteilen, dass das wissenschaftliche IBA Kuratorium an seiner Sitzung vom 6. und 7. September 2011 Ihren Projektvorschlag in der aktuellen Form nicht zur Weiterbegleitung empfohlen hat, weil es durch seinen Umfang und seine technische Komplexität nicht von einer Einzelperson oder einem Verein alleine vorgeschlagen sein kann. Es benötigt einen Nachweis der politischen, rechtlichen, finanziellen und technischen Machbarkeit." Die Begründung für die Nichtaufnahme des Projekts als IBA-Thematik passt in keiner Weise zu den programmatischen Leitsätzen der IBA 2020, wo an zentraler Stelle gesagt wird: "Eine IBA ist ein Entwicklungsprozess. Könnten die Themenfelder und zu realisierenden Projekte bereits zu Beginn des Prozesses klar benannt werden, wäre es keine IBA". Auch hätte das Projekt durch seine Lage am Bahnhof, der Zentrums- und Schnittstelle der trinationalen Region ist, sehr wohl eine Bedeutung für den "gesamten Raum".

Insbesondere nachdem vor wenigen Wochen ein äusserst breit abgestütztes Komitee eine Initiative zur Umsetzung der Idee des CentralPark Basel lanciert hat, möchte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden

Fragen bitten:

- 1. Scheinen dem Regierungsrat die Kriterien für eine Teilnahme an der IBA nicht genau diejenigen zu sein, die auf das Projekt CentralPark Basel passen?
- 2. Wie beurteilt der Regierungsrat das Verhältnis zwischen der Ablehnungsbegründung, dass ein "Nachweis der politischen, rechtlichen, finanziellen und technischen Machbarkeit" nötig sei, wenn er in Betracht zieht, dass die IBA von sich selbst sagt: "Könnten die Themenfelder und zu realisierenden Projekte bereits zu Beginn des Prozesses klar benannt werden, wäre es keine IBA"?
- 3. Kann sich der Regierungsrat vorstellen, das Projekt CentralPark auf seine IBA-Tauglichkeit nochmals zu überprüfen bzw. darauf Einfluss zu nehmen, insbesondere nachdem dieses Initiativinhalt wurde und über eine breite politische Unterstützung und grosse Akzeptanz bei der Bevölkerung verfügt und daher ohnehin auf der politischen Traktandenliste steht?
- 4. Kann der Regierungsrat die genauen Entscheidabläufe nochmals erläutern: War der Entscheid zur Ablehnung des Projekts CentralPark Basel einstimmig oder war er im Entscheidgremium umstritten? Ist ein Partner strikt gegen die Aufnahme des CentralPark-Projekts in den Kreis der IBA-Projekte und falls ja, weshalb? Ist eine Wiedererwägung denkbar?

Sibylle Benz Hübner

f) Interpellation Nr. 97 betreffend kriminelle Handlungen begangen von Asylbewerbern

11.5316.01

In letzter Zeit häufen sich Medienberichte, wonach signifikant viele Delikte in Basel-Stadt durch Asylbewerber begangen werden. Wenn die Mitteilungen den Tatsachen entsprechen, soll besonders die Gruppe der Nordafrikaner solche Auffälligkeiten zeigen.

Unser Land zeichnet sich durch langjährige humanitäre Tradition aus. Hilfesuchende Menschen sollen in unserem Land Aufnahme finden. Dazu gehört aber ein Verhalten, das demjenigen eines willkommenen Gastes entspricht. Die Gesetze, Gepflogenheiten und Sitten des Gastlandes gelten für alle.

Wenn eine Gruppe von Menschen, welche sich unser Land als Zufluchtsort aussucht, unsere Gesetze verletzt, stellen sich verschiedenen Fragen, um deren Beantwortung ich die Regierung bitte:

- 1. Trifft es zu, dass Asylbewerber in Basel-Stadt Straftaten begangen haben?
- 2. Ist es zutreffend, dass viele Delikte von Asylbewerbern aus Nordafrika begangen wurden?
- 3. Werden die Delikte gleichermassen geahndet, wie solche von T\u00e4tern mit Aufenthaltsbewilligung oder Schweizer B\u00fcrgerrecht?
- 4. Welche Auswirkungen hat eine begangene Straftat für den Status des Delinquenten als Asylbewerber?
- Glaubt der Regierungsrat, dass die Bevölkerung unseres Kantons Verständnis für diese Situation aufbringt?
 Felix W. Eymann

g) Interpellation Nr. 98 betreffend Überschreitung der gesetzlichen Klassengrössen an einer Mehrzahl der WBS-E-Zug-Klassen

11.5318.01

Von verschiedenen Lehrpersonen der WBS, wie auch von Elternseite wurde die Interpellantin darauf aufmerksam gemacht, dass die Klassengrössen an den Klassen des WBS-E-Zugs in den letzten Jahre stetig gestiegen sind. Die Interpellantin hat daraufhin weitere Nachforschungen angestellt und dabei festegestellt, dass die gesetzliche Klassengrösse von 22 SchülerInnen im WBS-E-Zug mehrheitlich nicht eingehalten wird.

§29 Abs. 2 des Schulgesetzes lautet "In der Weiterbildungsschule soll die entsprechende Zahl (der SchülerInnen pro Klasse) im allgemeinen Zug 16 und im erweiterten Zug 22 in der Regel nicht übersteigen."

Für das aktuelle Schuljahr wurden insgesamt 19 Klassen des WBS-E-Zuges gebildet. Die Interpellantin hat Kenntnis von mindestens 2 Klassen mit 26 SchülerInnen und von über 10 weiteren Klassen, mit 23 oder 24 SchülerInnen. Es ist also davon auszugehen, dass bei der grossen Mehrheit der 1. Klassen des WBS-E-Zuges die gesetzliche Klassengrösse überschritten wird – zum Teil massiv. Auch in mehreren 2. Klassen des WBS-E-Zugs gibt es offenbar Überschreitungen der Klassengrösse. Es ist also klar ersichtlich, dass hier das Schulgesetz in der Regel nicht eingehalten wird.

Neben dem Schulgesetz ist die "Ordnung über die Überschreitung der gesetzlichen Klassengrössen" eine weitere gesetzliche Grundlage. §1 dieser Ordnung beschreibt folgende Planungsrichtlinien bei der Klassenbildung: "Die neu zu bildenden Klassen sind so zu planen, dass unter Berücksichtigung der bisherigen Erfahrungen nicht mit der Überschreitung der Höchstzahlen, auch nicht im Verlauf der folgenden Jahre gerechnet werden muss."

Die Übertrittsentscheide der Orientierungsschule in die weiterführenden Schulen zeichnen sich durch hohe Zuverlässigkeit aus, dies wird jeweils auch durch die Ergebnisse der freiwilligen Aufnahmeprüfungen bestätigt. Es

sollte deshalb durchaus möglich sein, die Klassenbildung der WBS-E-Züge aufgrund der bisherigen Erfahrungen gesetzeskonform zu gestalten.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- In wie vielen Klassen der WBS (1. und 2. Klassen E-Zug) werden die gesetzlichen Klassengrössen zur Zeit überschritten?
- 2. Die erwarteten Wechsel vom E-Zug in den A-Zug k\u00f6nnen nicht als Begr\u00fcndung dienen, dass die gesetzlichen Klassengr\u00f6ssen des E-Zugs regelm\u00e4ssig und im grossen Stil \u00fcberschritten werden. Schliesslich finden auch Wechsel vom Gymnasium in den E-Zug statt und es gibt gewisse Erfahrungswerte, die im Voraus eingeplant werden m\u00fcssten. Wie werden also die zahlreichen \u00dcberschreitungen der gesetzlichen Klassengr\u00f6ssen an der WBS begr\u00fcndet?
- 3. Wie kann dafür gesorgt werden, dass den Zuweisungsentscheiden der OS von der WBS-Stufenleitung das verdiente Vertrauen entgegen gebracht wird?
- 4. Warum gibt es an anderen Schulstufen in der Regel kaum Überschreitungen der Klassengrössen? Fühlt sich die Stufenleitung der WBS weniger an die gesetzlichen Vorgaben gebunden?
- 5. Wie wird auch im Hinblick auf die neu entstehende Sekundarstufe mit ihren drei Leistungszügen dafür gesorgt, dass die gesetzlichen Klassengrössen in Zukunft von Anfang an eingehalten werden? Heidi Mück

Schriftliche Anfragen

a) Schriftliche Anfrage betreffend nicht eingehaltenem Versprechen an Hundehalter im Kleinbasel

11.5319.01

In einem Zeitungsartikel vom 14. Mai dieses Jahres versprach der damalige Kantonstierarzt Markus Spichtig, im Horburgpark werde in Kürze eine Hundespielzone von rund 500 Quadratmeter Grösse eingerichtet. Spichtig begründete das in Zusammenarbeit mit der Stadtgärtnerei geplante Projekt damit, dass Hunde sich austoben und mit anderen Hunden spielen können müssten, es im innerstädtischen Bereich zu wenig Möglichkeiten dafür gebe und nicht zuletzt auch das Hundegesetz explizit verlange, Hunde täglich frei herumtollen zu lassen. Spichtig erwähnte nicht zuletzt auch die hohen Hundesteuern in Basel-Stadt, für die Hundehalterinnen und -halter auch Gegenleistungen verlangen könnten.

Im Zeitungsartikel wird der damalige Kantonstierarzt weiter zitiert, wenn alles nach Plan verlaufe, könne der Hundespielplatz "noch diesen Sommer" Fifi, Rex und Co zur Verfügung stehen. Der Sommer ist nun längst vorbei vom Hundespielplatz ist nichts zu sehen. Dabei wären gerade ältere oder gesundheitlich angeschlagene Bewohner des Horburgquartiers froh, eine nahe gelegene Möglichkeit zu haben, um ihrem besten Freund einen tiergerechten Auslauf zu gönnen.

Deshalb stellen sich mir folgende Fragen:

- 1. Warum konnte das Versprechen bislang nicht eingelöst werden?
- 2. Läuft die Planung für einen Hundespielplatz noch oder ist das Projekt fallen gelassen worden?
- 3. Wann kann mit einem solchen Hundespielplatz gerechnet werden?
- 4. Könnten solche, räumlich abgetrennte Hundespielplätze auch in anderen Parks entstehen? Gibt es solche Pläne?
- 5. Könnte am (neu gestalteten) Rheinbord auf Kleinbasler Seite eine Fläche ausgeschieden werden, innerhalb der Hunde sich aufhalten und allenfalls sogar im Rhein baden könnten?

André Auderset

Schriftliche Anfrage zum Musikunterricht in der 5./6. Klasse Primarschule und 1.-3. Klasse Sekundarstufe I

11.5320.01

Die Schulreform im Kanton Basel-Stadt ist in vollem Gange. Die neue Sekundarstufe wird ab dem Schuljahr 2015/16 mit den ersten Jahrgängen starten. Das Fächerangebot in der Sekundarstufe richtet sich nach dem Lehrplan 21, der die Grundlage für die Planungsstundentafel Sek I + PS und den Übergangs-Lehrplan PS ist und sich zurzeit im Teilprojekt "Pädagogik" in Bearbeitung befindet. Mit den Planungsstundentafeln werden Anzahl Unterrichtslektionen und Fachbereiche festgelegt. Vor allem die Auswahl und Festlegung der einzelnen Fachbereiche sorgt im Moment bei Fachleherlnnnen, Eltern und Politikerlnnen für viel Diskussionsstoff und Verunsicherung.

Ich gelange deshalb mit einigen Fragen zur Zukunft des Fachunterrichts Musik und erweitertem Musikangebot an den Basler Schulen an den Regierungsrat. Wie ich bereits von verschiedenen Quellen gehört habe, soll der erweiterte Musikunterricht an der Sekundarschule I nicht mehr weitergeführt werden. Das ist sehr beunruhigend, hat doch der Musikunterricht erwiesenermassen, einen sehr positiven Effekt auf das Lernverhalten der Kinder und

Jugendlichen.

Ausgangslage:

Im Schreiben des Regierungsrates vom 11. März 2008 zum Anzug von Anita Lachenmeier-Thüring und Konsorten betreffend Einführung von Schwerpunktklassen an der OS wurde das Ende der Musikklassen an der Orientierungsschule angekündigt:

"Mit dem Wechsel zum harmonisierten Schulmodell 8/3/4 ab Schuljahr 2011/2012 werden die Musikklassen des alten Typs abgeschafft. Aus heutiger Sicht erscheint es deshalb als vernünftig und notwendig, die verbleibenden Energien zu schonen und stattdessen die Erfahrungen mit den Musikklassen in die Neukonzeption des Schulsystems einfliessen zu lassen."

Nun kann in der Kurzfassung des Portraits Volksschule vom Juni 2011 nachgelesen werden, wie die Erfahrungen mit den Musikklassen in die Neukonzeption des Schulsystems eingeflossen sind. Der erweiterte Musikunterricht wird nämlich ab Schuljahr 2013/14 in den neuen 5. und 6. Primarschulklassen gestrichen. Dazu auf Seite 11 folgende Aussage:

"Ab dem Schuljahr 2013/14 werden keine neuen OS-Klassen mehr gebildet, weil die vierten Primarklassen in ihrer Zusammensetzung weitergeführt werden. Das hat mitunter folgende Konsequenzen: Der erweiterte Musikunterricht und die Wahlfächer in der OS fallen an den neuen 5. und 6. Primarschulklassen weg."

Ich stelle dem Regierungsrat deshalb folgende Fragen zum Thema Musikunterricht in der 5./6. Klasse Primarschule und 1.- 3. Klasse Sekundarstufe 1:

Die musikalische Bildung an den Schulen des Kantons Basel-Stadt ist einmalig in der Schweiz. Dies Dank den Musikalischen Grundkursen an der Primarschule und den ca. 70 Klassen mit erweitertem Musikunterricht an der Orientierungs- und Weiterbildungsschule.

- 1. Warum sollen diese Musikklassen wegfallen, obwohl sie sich seit 24 Jahren etabliert haben und einem klaren Bedürfnis der Schülerinnen und Schüler und der Elternschaft entsprechen?
- 2. Wie kann es der Regierungsrat verantworten, einen musikpädagogischen Rückschritt derartiger Tragweite in Kauf zu nehmen?
- Oft werden als Argument gegen die Musikklassen die harmonisierten Strukturen ins Feld geführt. Werden hier nicht die überkantonalen Vorgaben als zu eng aufgefasst und hat der Kanton keinen pädagogischen Spielraum? (Geschäftsstelle der deutschsprachigen EDK Regionen: Grundlagen für den Lehrplan 21, Luzern, März 2010)
- 4. Wie will der Regierungsrat den Eltern im Frühjahr 2013 begründen und erklären, dass es für ihre Kinder keine Möglichkeit mehr gibt, in eine Klasse mit erweitertem Musikunterricht einzutreten?
- 5. Welche neuen Musikförderungskonzepte (Projektierung Schulharmonisierung: Portrait Volksschule Kurzfassung, Basel, Juni 2011, S. 11) werden den Schülerinnen und Schülern offen stehen? Wie werden diese Förderkonzepte konkret aussehen? Wie werden sie dotiert sein? Wer wird sie inhaltlich und organisatorisch leiten? Welche Schülerinnen und Schüler werden daran teilnehmen?
- 6. Seit ihrem Bestehen sind die Musikklassen immer wieder in Kritik geraten. (Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt: Regierungsratsbeschluss 00.6641.04 vom 11. März 2008, S. 2).
 - "Beanstandet wird insbesondere der "progymnasiale Charakter" der Musikklassen. Die Übertrittsstatistik zeigt, dass die Musikklassen eigentliche Eliteklassen sind, welche den Regelklassen leistungsstarke und deutschsprachige Schülerinnen und Schüler entziehen und dadurch zur sozialen, sprachlichen und geschlechterbezogenen Entmischung der Regelklassen führen. Was als horizontale Gliederung deklariert wird, ist faktisch eine vertikale, die segregativ wirkt und in einer unübersehbaren Spannung steht zum Gedankengut der Schulreform im Allgemeinen und zur Orientierungsschule im Besonderen. Ausserdem unterläuft die Einrichtung der Musikklasse das Quartierschulprinzip."
 - Warum nimmt der Regierungsrat die anstehende Reform nicht zum Anlass, diese Situation durch die flächendeckende Einführung des erweiterten Musikunterrichts zu lösen? Dies wurde bereits im Dezember 2007 von der Schulleitung der OS Riehen gefordert.
- 7. Gemäss Aussage der Projektleitung Schulharmonisierung ist es ein klares Ziel, dass die schulischen Leistungen in Basel-Stadt steigen müssen. In diesem Zusammenhang ist der Schlussbericht des Instituts für Bildungsevaluation der Universität Zürich interessant, den dieses Institut erstellt hat zu den Orientierungsarbeiten 2010 an der Orientierungsschule Basel-Stadt. (Stéphanie Berger, Nicole Bayer und Urs Moser: Orientierungsarbeiten 2010: Deutsch und Französisch, Schlussbericht, Zürich, April 2011)
 - "Abbildung 5.2 zeigt die Ergebnisse der Musikklassen und der anderen Klassen der OS in den Orientierungsarbeiten Deutsch und Französisch nach Berücksichtigung der unterschiedlichen Lernvoraussetzungen in den Klassen. Mit einem statistischen Verfahren wurde der Einfluss der Lernvoraussetzungen der Schülerinnen und Schüler (Geschlecht und Erstsprache) auf die Leistungen der Klassen kontrolliert. Das heisst, der Anteil erreichter Punkte einer Klasse wurde um den Einfluss korrigiert, den die Lernvoraussetzungen auf die Leistungen haben. Wie der Vergleich von Abbildung 5.2 mit Abbildung 5.1 zeigt, sind die Klassen nach der Kontrolle der Lernvoraussetzungen näher zusammengerückt. Das

bedeutet, dass die Unterschiede zwischen den Klassen geringer ausfallen, wenn die unterschiedlichen Lernvoraussetzungen berücksichtigt werden. Der Unterschied zwischen der stärksten und der schwächsten Klasse in der Orientierungsarbeit Deutsch liegt neu bei 19 Prozent, in der Orientierungsarbeit Französisch beträgt der Unterschied zwischen der stärksten und der schwächsten Klasse 33 Prozent. Die meisten Musikklassen erzielen auch nach der Kontrolle der Lernvoraussetzungen sowohl in der Orientierungsarbeit Deutsch als auch in der Orientierungsarbeit Französisch bessere Leistungen als der Durchschnitt aller OS Klassen. Das bedeutet, dass die guten Leistungen der Musikklassen nicht auf einen geringen Anteil Knaben oder einen geringen Anteil Schülerinnen und Schüler mit DaZ zurückgeführt werden können." Musikklassen zeigten - unabhängig von den Lernvoraussetzungen - in beiden Fächern durchschnittlich bessere Leistungen als die anderen Klassen der OS.

Warum lässt der Regierungsrat diese wissenschaftlichen Erkenntnisse, die sogar den fachfremden "Nutzen" des Musikunterrichts belegen nicht in die Weiterentwicklung der "neuen Schule" einfliessen, in dem er sich für einen verstärkten Musikunterricht für alle Schülerinnen und Schüler einsetzt?

Dominique König-Lüdin

c) Schriftliche Anfrage zur Zukunft der Pensionskasse Basel-Stadt

11.5321.01

Alle Vorsorgeeinrichtungen haben gegenwärtig mit tiefen Kapitalerträgen zu kämpfen, welche häufig nicht ausreichen, um die Leistungsverpflichtungen kurzfristig zu erfüllen. Hinzu kommt die steigende Lebenserwartung und das sich ständig verschlechternde Verhältnis der aktiven Versicherten zu den Rentnern. Abhängig von den finanziellen Grundannahmen sind die Vorsorgeeinrichtungen unterschiedlich auf die schweren Zeiten vorbereitet.

Bei der Pensionskasse Basel-Stadt beträgt der technische Zinssatz 4%, die zugrunde gelegte Mindestrendite zur Erfüllung der Leistungsversprechen beträgt 4.6%. Damit ist die Pensionskasse des Kantons schlecht aufgestellt, konnte sie doch im Durchschnitt der letzten 20 Jahren mit 4.3% die Soll-Rendite nicht erreichen. Konsequenterweise muss sie entweder mehr Risiken eingehen, um die erwarteten Renditen zu erhöhen, oder die Leistungsversprechen senken. Die Anlagestrategie ist bereits heute sehr offensiv. Per 31.12.2010 wies das Portfolio der Pensionskasse nur gerade 30% Obligationen aus, während der Aktienanteil mit 29% fast gleich hoch war. Zu beachten ist ebenfalls der ausserordentlich hohe Anteil an Liquidität (15%), was bei den gegenwärtigen Zinsen auf dem Geldmarkt keine Rendite einbringt. Der Immobilienanteil beträgt im Inland gut 15%.

Konsequenterweise müssen Leistungssenkungen und/oder Beitragserhöhungen initiiert werden, um die Pensionskasse auf ein nachhaltiges finanzielles Fundament zu bringen.

Der Regierungsrat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

- Wie will die Pensionskasse langfristig ihre Soll-Rendite von 4.6% erreichen? Ist ein Wechsel der Anlagestrategie notwendig?
- 2. Weshalb gab es per 31.12.2010 derart hohe Liquiditätsbestände? Die Bandbreiten würden im Maximum sogar 30% Liquidität erlauben. Wie kann unter solchen Umständen die Sollrendite von 4.6% erreicht werden?
- 3. In welchen Regionen der Schweiz besitzt die Pensionskasse Immobilien (prozentuale Aufteilung nach Regionen)? Besteht eine Konzentration in der Region Basel? Wenn ja, was wird unternommen, um dieses Klumpenrisiko zu vermindern?
- 4. Der technische Zinssatz beschreibt die zur Finanzierung der Renten unterlegte Renditeerwartung. Bei der Pensionskasse Basel-Stadt beträgt sie 4%. Demgegenüber beschreibt der ökonomische Zinssatz der aktuelle risikolose Zinssatz (z.B. der Bundesanleihen). Wie hoch ist der ökonomische Deckungsgrad der Pensionskasse Basel-Stadt? Was bedeutet diese Zahl für den Regierungsrat?

Bülent Pekerman

d) Schriftliche Anfrage betreffend Name für den Vorplatz des Zentralfriedhofs Hörnli

11.5329.01

In den Jahren 1926-1932 wurden der Basler Zentralfriedhof Hörnli sowie die Hörnliallee erstellt.

Im Abschnitt Rauracherstrasse bis Hirtenweg ist die Hörnliallee ausgeweitet. Sie bildet dort einen eigentlichen Vorplatz vor dem Friedhofhaupteingang.

Dieser flächenmässig grösste Platz im Kanton hat allerdings bis heute keinen Namen.

Ich bitte deshalb den Regierungsrat, zu prüfen und zu berichten, ob dem Platz vor dem Haupteingang des Friedhofs Hörnli in Absprache mit der Gemeinde Riehen ein Name gegeben werden kann.

Roland Engeler-Ohnemus